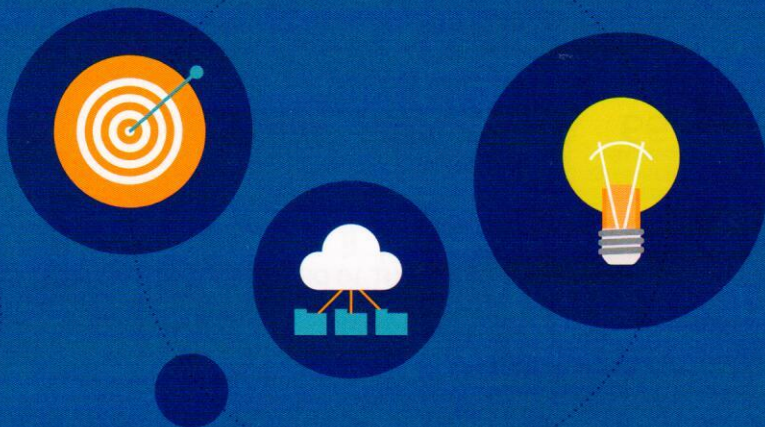


Der SME Circle der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament



Unterstützung für kleine und
mittlere Unternehmen (KMU) in Europa

Wofür wir stehen



Verbesserte Marktbedingungen

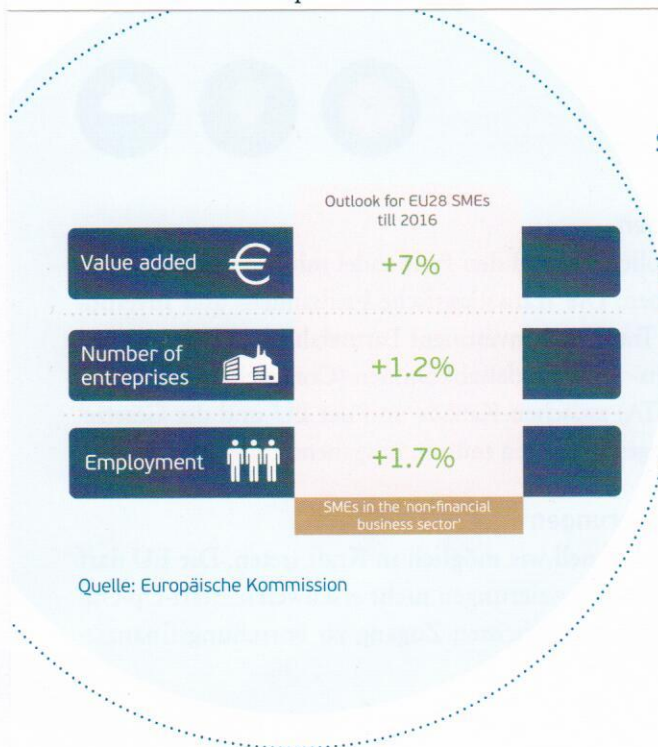
Wir wollen den Binnenmarkt vollenden und den Freihandel mit bedeutenden Handelspartnern weltweit vorantreiben. Die Transatlantische Freihandels- und Investitionspartnerschaft (Transatlantic Trade and Investment Partnership – TTIP) mit den USA, das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen (Comprehensive Economic and Trade Agreement – CETA) zwischen Kanada und der EU und der Gesetzesentwurf der EU zu Einpersonengesellschaften müssen umgehend umgesetzt werden.

Gesicherter Zugang zu Finanzierungen

Die Kapitalmarktunion muss so schnell wie möglich in Kraft treten. Die EU darf herkömmliche Kredit- und Bankenfinanzierungen nicht erschweren. Start-Up-Unternehmen und KMU muss einen vereinfachten Zugang zu Forschungsfinanzierung erhalten.

Stärkung des Euro

Nur durch einen stabilen Euro und vertiefte wirtschaftliche und währungspolitische Zusammenarbeit kann sich der Binnenmarkt weiterentwickeln. Für KMU bedeutet dies verbesserte Sicherheit und mehr Wachstumschancen, was wiederum zu mehr Arbeitsplätzen und größerem Wohlstand in Europa führt. Die Staaten des Euro-Währungsraums müssen deshalb den Stabilitäts- und Wachstumspakt einhalten und den Fiskalpakt mit seinen klaren Schuldenbegrenzungen konsequent beachten.



Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU

Wir lehnen überzogene Umwelt-, Klima- und Verbraucherschutzvorgaben ab. Die Politik der EU muss Umweltschutz-, Wachstums- und Beschäftigungszielen denselben Stellenwert einräumen.

Abbau von Bürokratie

Die Kommission und das Europäische Parlament müssen Legislativvorschläge hinsichtlich der Belastung von KMU testen. Wir brauchen unabhängige Folgenabschätzungen für europäische Legislativvorschläge. Das sogenannte „Gold-plating“ von Seiten der Mitgliedstaaten, also nationale Verpflichtungen, die über die Anforderungen der EU hinausgehen und somit die eigentlichen politischen Zielen behindern, müssen beim Namen genannt und kritisiert werden.

Aufrechterhaltung des Subsidiaritätsprinzips

In den europäischen Rechtsvorschriften sollten ausschließlich grundlegende Anforderungen definiert und spezifische Regelungen den nationalen Behörden oder Fachgremien überlassen werden. Rechtsvorschriften zur sozialen Absicherung von Arbeitnehmern müssen stärker im Einklang mit nationalen Zuständigkeiten erfolgen.